Das Thema Wettbewerb beim „Dialog Gesundheits-Forum“: „Krankenkassen - Hort der Patienteninteressen“

„Ein massives Selbsterhaltungsinteresse“

Eine Tour d'horizon von Sozialwahlen bis AMNOG nahm sich gut-gesundheit-consulting mit dem aktuellen „Dialog Gesundheits-Forum“ in Berlin vor, das von Roche finanziell unterstützt wird, ohne sich weder in den medialen, noch thematischen Vordergrund zu drängen. Was auch fast, indes nicht ganz unmöglich bei dem durchaus anspruchsvollen Titel „Krankenkassen - Hort der Patienteninteressen“ war. Gerade bei der aktuell geführten Diskussion über die Pflicht der Kassen, ihre Mitglieder bei höheren als den durchschnittlichen Beitragssatz zu informieren, waren die Statements der Politik, in persona Jens Spahn (CDU) und Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD), der Kassenszene, anwesend war Holger Langkutsch (Barmer GEK), die Ärzteschaft - Dr. med. Hans-Joachim Helming (KVBB) und der Pharmaindustrie, vertreten durch Dr. Hagen Pfundner (Roche Pharma), doch sehr unterschiedlich.



Copyright: Presseagentur Gesundheit, Thorsten Maywald

Dialog Gesundheits-Forum (v.li.n.re.): Fiedler, Spahn, Helming, Moderator, Lauterbach, Langkutsch, Pfundner

>> Auch wenn Holger Langkutsch, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Barmer GEK, dessen 40jähriges Jubiläum in der Selbstverwaltung durch die Veranstaltung, besonders aber durch den Erstredner und Laudator, Prof. Dr. Eckart Fiedler, geehrt wurde, auch noch nach diesen vielen Jahren „zutiefst überzeugt“ ist, dass sich „der soziale Friede in dieser Republik gründet auf die Selbstverwaltung und die sozialen Sicherungssysteme“, ist er doch aktuell mit einem Detail nicht ganz zufrieden: Mit der Art und Weise, wie Krankenkassen ab Dezember ihren Versicherten per Brief beibringen sollen, warum sie einen Beitragssatz jenseits des durchschnittlichen formuliert haben.

Dies hält Jens Spahn, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „für das normalste der Welt“. Er findet die aktuell in Publikumsmedien geführte Debatte über dieses Thema „so gaga“. Spahn: „Wenn ein Stromversorger den Preis erhöht, muss er selbstverständlich seine Kunden informieren. Ich finde es völlig normal, dass auch Krankenkassen ihre Versicherten darüber informieren müssen, wenn es eine Preisveränderung gibt, insbesondere da es kein wirklicher Wettbewerb ist, was wir da machen.“ Und weiter: „Eine kluge Kasse wird auch begründen können, warum sie das Geld ihrer Versicherten braucht.“ Dagegen hat Langkutsch auch nichts einzuwenden, zumal seine Kasse dies nach seinen Worten „schon immer getan und das auch weiter tun wird.“ Auch weil ihm viel daran liege, den Mitglieder im Zuge einer differenzierteren Beitragssatzgestaltung zu erklären, warum ein bestimmter Beitragssatz festgelegt worden sei. Dieser habe aber vor allem mit strukturellen Unterschieden und den Gegebenheiten der Versicherten zu tun, nicht nur mit Managementqualitäten, die eine Kasse auf den Erfolgspfad bringen könnten. Langkutsch: „Wogegen wir uns wehren, ist das einmalige Konstrukt, dass wir, falls der durchschnittliche Beitragssatz überschritten werden sollte, unsere Versicherten auf die billigste Versicherung hinweisen sollen.“ Dies sei eine Novität, die exklusiv in der gesamten wirtschaftlichen Welt sei und sich alleinig auf das GKV beziehe. Beschwerden bereitet dem langjährigen aktiven Mitglied in der Selbstverwaltung, dass damit „nur das absolute Preissignal in den Vordergrund gerückt“ werde, jedoch nicht die unterschiedlichen Leistungen, die Beratungsqualität und Sonderprogramme.

„Das reine Preissignal ist zu kurz gesprungen“, sagte Langkutsch, während Spahn explizit darauf hinwies, dass der Preiswettbewerb „ein entscheidender Teil des Wettbewerbs der Kassen“ sei, wobei auch er zugibt, dass dieser nicht der alleinige sei, denn es gehe auch um das Angebot und um die gebotene Qualität. Doch: „Aber nicht bei jeder Kasse, die einen hohen Preis hat, heißt das per se, dass der höher Preis auch bessere Qualität hat.“ Wofür hätten wir denn unterschiedliche Beitragssätze, wenn nicht auch für einen Preiswettbewerb, fragte Spahn rhetorisch und beantwortete diese Frage auch gleich aus seiner politischen Sichtweise: „Wenn ich sage, ich will überhaupt keinen Preiswettbewerb, dann gibt es nur eine Lösung: einen einheitlichen Beitragssatz für alle.“ Für die diejenigen, die in eine Einheitskasse marschieren wollten, möge dies nach seinen Worten eine Verlockung sein, für ihn nicht. Darum betonte er ausdrücklich: „Der Preiswettbewerb ist Bestandteil des Wettbewerbs der Kassen.“ Ein Statement, das Langkutsch zur Erwiderung anstachelte, dass dies aber kein Selbstzweck, kein Ökonomismus werden dürfe. Dies erlebe er immer wieder bei den Diskussionen im G-BA, gerade wenn es um die Leistungskatalog geht und die patientenrelevanten Endpunkte ginge.

An dieser Stelle meldete sich Pfundner zu Wort, der unterstrich: „Preiswettbewerb ist ein Teil des Wettbewerbs.“ Doch müsste man sich bemühen, auf der anderen Seite mehr die Leistungsstärke zu betonen. Pfundner: „Hier wäre die Politik gefordert, ihres dazu beizutragen, nicht nur den Pries in den Vordergrund des Wettbewerbs zu stellen, sondern die einheitlichen Strukturen im System ein Stück weit zu lockern, damit die Verträge besser werden können.“ Auch dass bei diesem gesundheitspolitischen Forum und in den Medien kritisch diskutiert werde, dass eine Kasse in einem Anschreiben an seine Versicherten darüber informieren müsse, den preiswertesten Anbieter zu nennen, kann Pfundner nicht so ganz verstehen. Denn bei Arzneimitteln sei das viel eklatanter, da würden die Patienten in die Apotheke gehen, wo ihnen das billigste Arzneimittel abgegeben wird. „Hier ist der Preiswettbewerb aufs Extreme verschärft, hier wird überhaupt keine Qualitätskomponente diskutiert“, erklärte der Roche-Pharma-Chef, der sich wünscht, dass die Krankenkassen dieses Thema auch mal bei Arzneimitteln diskutieren würden. Das solle nicht heißen, dass sich die Pharmaindustrie grundsätzlich keinen Wettbewerb wünsche, denn dieser belebe das Geschäft, aber bitte einen „fairen und gesunden“ Wettbewerb mit besonderen Regeln, in dem durch Entregularisierung mehr Freiheiten entstehen müssten, gerade um durch Selektivverträge interessante Versorgungsangebote machen zu können.

Dies sei übrigens auch im im Sinne eines stabilen Systems. Denn, so Pfundner: „Die Pharmaindustrie lebt zu 90 Prozent von der Stabilität der staatlichen Sicherungssysteme, in dem Fall auch von der GKV, ohne die wir kein Geschäftsmodell hätten.“ Demnach habe seine Branche „ein massives Selbsterhaltungsinteresse“, dieses System nicht zu sprengen. <<